

An die  
Bundesrepublik Deutschland  
zu Händen des die Richtlinien der Politik bestimmenden  
Bundeskanzler Herrn Gerhard Schröder

### **Trink- und Abwassermisere in den neuen Bundesländern**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Schröder,

Die Trink- und Abwasserpolitik ist seit Jahren ein rotes Tuch für Bürger und Behörden in den neuen Bundesländern. Über sieben Jahre weisen Bürger auf die enorme Kostenlawine hin, die durch leichtfertige Planung und Realisierung dieser Anlagen sowie durch Ignoranz „Verantwortlicher“ auf uns Bürger als unnötige „ewige Abgabe“ zukommt. Wir haben gewarnt und gemahnt und uns mit allen uns zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln gewehrt.

Unser letzter Versuch war der Hungerstreik im Juli 1999 in Damsdorf. Die Regierung des Landes Brandenburg hat uns dort u.a. zugesichert „der Bürger zahlt nur die tatsächlich notwendigen Kosten“ (siehe Anlage). Das war im Juli. Nach drei Gesprächen mit dem Umwelt- und Innenministerium des Landes Brandenburg in Potsdam mußten wir feststellen, daß z.B. die notwendigen Tiefenprüfungen der Wasser- und Abwasserzweckverbände nicht durchgeführt werden.

Währenddessen drückt die Landesregierung mit aller Macht ein Stabilisierungsgesetz für die Zweckverbände durch, obwohl gegen dieses Gesetz bereits Klage beim Verfassungsgericht des Landes läuft. Dieselbe Regierung hatte für die Verbände in der Vergangenheit verschiedene Gesetze verabschiedet, die sich alle zum Nachteil der Bürger auswirken: Die Fördermittel werden in Fässer geworfen, obwohl niemand weiß, ob sie überhaupt Böden haben! Die öffentlichen Mittel kommen nicht den Bürgern, sondern Abzockern zu Gute.

Jeder Zweckverband hat seine eigene Schuldengeschichte, die für die Bürger nicht nachvollziehbar und erst recht nicht bezahlbar ist. Laut Landesregierung gibt es nur wenige Zweckverbände, die in Ordnung sind.

Die Zweckverbände berufen sich u.a. auf den Anschluß- und Benutzungszwang. Jedoch von ihrer Sorgfaltspflicht reden sie nicht. Ohne einen Anschluß- und Benutzungszwang würde sich manches, vor allem der Preis, besser regeln..

Die Begründung für den Anschluß- und Benutzungszwang: „Schutz der Gesundheit und der Umwelt“, ist nach tatsächlichen Erkenntnissen längst nicht mehr haltbar. Der Zwang schützt vor allem Profiteure.

Die Trink- und Abwassermisere trifft alle Bevölkerungsschichten. Von Politik und Regierenden im Stich gelassen, fühlen sie sich diesen Zweckverbänden hilflos ausgeliefert. Die Resignation zeigt sich zum Teil im Wahlverhalten und in einer Politikverdrossenheit. Wir, die Ihnen, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, heute diesen Brief überbringen, sind eine Notgemeinschaft und setzen uns aus verschiedenen Kreisen des Landes Brandenburg und dessen Bevölkerung zusammen. Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sich dieser Trink- und Abwassermisere anzunehmen, um uns Neubürgern der Bundesrepublik Deutschland zu zeigen, daß die Bundesrepublik Deutschland gewillt ist, dem Grundgesetz in allen Bereichen Geltung zu verschaffen.

Wir fügen eine Liste bei, in die sich Bürger während der Protestwanderung eingetragen haben. Diese soll zeigen, daß es nicht nur um Brielow und Damsdorf geht. Wir haben in all den Jahren einiges an Wissen und Erfahrung sammeln müssen und können dieses bei der Aufarbeitung einbringen.

Ist es einer Demokratie nicht würdig, Lösungen mit betroffenen Bürgern, anstatt durch Bürokraten allein, zu erarbeiten?

Mit freundlichen Grüßen

14778 Brielow, den 14. Oktober 1999  
Hauptstr. 44

Ingrid Feuerherd  
(für die Hungerstreikenden)

Anlage

Eine Kopie dieser Protestnote wurde der Landesregierung von Brandenburg in Potsdam persönlich zugestellt.

An Herrn  
Gerhard Schröder  
p e r s ö n l i c h  
c/o Bundeskanzleramt Berlin

Sehr geehrter Herr Schröder,

Wir Hungerstreikenden von Damsdorf wollten unserer Landesregierung in Brandenburg klarmachen, daß die Wasser- und Abwasserpolitik so nicht weitergehen kann.

Wenn uns Vertreter des Brandenburger Innenministeriums auf die kommunalen Gemeindegesetze von 1939 verweisen, halten wir dieses für bedenklich an der Schwelle des 3. Jahrtausend. Der Anschluß- und Benutzungszwang mag für Städte und dichtbebaute Ortschaften nötig sein. Auf dem weitflächigen Brandenburger Land ist es eine Verschleuderung von Geldern der Bürger und Steuerzahler.

Es gibt viele neue Techniken, die unzählige Grundstücke abwasserfrei machen können (Total-Wasser-Management). Es ist zweifelsfrei nachgewiesen, daß sie alle Anforderungen des Umwelt-, Gesundheits- und Hygieneschutzes erfüllen.

Der Kreislauf von Wasser muß dem Menschen und der Umwelt zuliebe gesichert werden. Es grenzt an ein Verbrechen, unser Süßwasser durch zentrale Klärwerke in die Salzmeere abfließen zu lassen. Wasser muß für alle Menschen auch zukünftiger Generationen sozialverträglich verfügbar bleiben.

Es darf nicht sein, daß die Wasser- und Abwasserwirtschaft auf Kosten der Bürger und Steuerzahler ungerechtfertigt Milliarden Gewinne macht und unsere Zukunft verbaut.

Es ist fünf Minuten vor Zwölf, denn der soziale Frieden ist ernsthaft gefährdet!

Zur Hauptforderung unseres Protestes: „Der Bürger zahlt nur die tatsächlich notwendigen Kosten zur Aufgabenerfüllung“.

Es kann nicht sein, daß Bürger von ihren Grundstücken durch Zwangsvollstreckung wegen überhöhter Anschluß- und Benutzungsgebühren vertrieben werden. (Brielow bei Brandenburg und ‚Zweckverband Emster, Amt Jeserich) Im Amtsbereich Jeserich zahlen wir z. Zt. einen politischen Preis von 9,95 DM pro Kubikmeter, während die wahren Kosten wohl bei 45,- DM pro Kubikmeter liegen. Auf diese Weise wird der Schaden nicht begrenzt, sondern es werden versteckt weitere Schäden erzeugt!

Wir erhoffen von der Bundesregierung und den im Parlament vertretenen Parteien, daß sie uns in unseren Forderungen unterstützen:

1. Wir wollen geklärt wissen, warum so viele übergroße Klärwerke in den neuen Bundesländern gebaut wurden und wer dafür verantwortlich ist.
2. Nach EU-Recht soll gereinigtes Abwasser wiederverwertet werden. Orte unter 2000 Einwohner brauchen nicht zentral entsorgt werden.

Durch die Einführung dezentraler Abwassersysteme werden den Bürgern, Kommunen, Ländern und dem Bundesfinanzminister Eichel Milliardenzuschüsse erspart.

Der Bürger auf dem Lande kann seinen Rasen im Märkischen Sand auch mit sauberem Brauchwasser bewässern. Und in der Stadt können durch Reinigung des verschmutzten Wassers nahe dem Entstehungsort und seine Wiederverwendung wertvolles Trinkwasser und Kosten gespart werden.

Ein Paradigmenwechsel ist auch aus Gründen des Gesundheitsschutzes unbedingt notwendig.

Per AGENDA 21 sind wir Bürger alle aufgerufen, uns hierfür verstärkt zu engagieren.

Mit freundlichen Grüßen und mit der Bitte um Entschuldigung,  
falls Sie sich als nicht zuständig von mir belästigt fühlen.

Anita Petri ,  
Mitinitiatorin des Hungerstreikes von Damsdorf,  
Berliner Str. 15a  
14797 Damsdorf,

den 16. Oktober 1999